

# Klub der alten Dogmen

**INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS** Er könnte viel mehr leisten, wenn man ihn ließe.

Auf dem Gipfel in Pittsburgh muss die Aufgabe des IWF neu definiert werden. Sechs Vorschläge

Von Rolf J. Langhammer und Matthias Lücke

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in den vergangenen Jahrzehnten alle Höhen und Tiefen einer internationalen Wirtschaftsinstitution durchgemacht: von der Dämonisierung als sozial blinder Sparkommissar bis hin zur Häme über seinen Bedeutungsverlust in Zeiten sprudelnder alternativer Finanzierungsquellen für Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Finanzkrise hat diese Ambivalenz auf eine neue Ebene gestellt.

Zum einen muss der IWF Kritik dafür einstecken, dass er die brisanten Risiken der Finanzmarktinnovationen am Vorabend der Krise verkannt habe. Wie schon 1997 vor der Asienkrise sei er aus falscher Rücksichtnahme gegenüber den Vereinigten Staaten davor zurückgeschreckt, klar Stellung zu beziehen und die Alarmglocke zu läuten. Zum anderen setzen die Mitglieder jetzt auf die analytischen Qualitäten des IWF als Beratungsinstitution. Der IWF soll gemeinsam mit dem „Financial Stability Board“ nationale Finanzmarktreflexionen und makroökonomische Politik so koordinieren, dass globale Krisen künftig vermieden werden.

Die IWF-Mitgliedsländer tun gut daran, sich dieser Talente in der Institution zu bedienen und dem IWF auch eine Stimme nach außen zu geben. Dazu sind aber sechs Reformen notwendig:

**Erstens müssen die Stimmrechte** in der Organisation in Einklang gebracht werden mit der wirtschaftlichen Potenz der Mitglieder nicht nur als Gläubiger, sondern auch als Schuldner. Die Glaubwürdigkeit des IWF leidet immer noch unter dem „Hilfsheriff-Syndrom“. Das eigentliche Machtzentrum liegt beim einzigen Vetospieler, den USA. Sie sind der eigentliche Sheriff, ausgestattet mit drei „Waffen“: der Sperrminorität im IWF, dem politischen und wirtschaftlichen Hebel gegenüber anderen Mitgliedern als einzige verbleibende Supermacht und der Fähigkeit, ihre internationalen Schulden mit ihrem eigenen Geld (US-Dollar) bezahlen zu können. Autonomer kann man kaum sein.

Vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer benötigen mehr Stimmrechte, um an den Entscheidungen des IWF teilzuhaben. Dies kann dadurch erreicht werden, dass die Stimmrechte sich nicht nur nach der Kapitaleinlage (der sogenannten Quote), sondern auch nach der Bevölkerung der Mitgliedsländer richten. Im Ergebnis würde so das Gewicht Westeuropas von bislang über 30 Prozent der Stimmrechte reduziert, was durchaus den wirtschaftlichen Realitäten entspräche.

Wichtige Entscheidungen erfordern bisher eine qualifizierte Mehrheit von 85 Prozent der Stimmen. Faktisch räumt diese Regel den USA mit 17 Prozent aller Stimmen ein Veto ein. Künftig sollte eine Mehrheit von nicht mehr als 70 Prozent für alle Entscheidungen genügen. Wenn es der Krise als Chance bedurfte, die seit Jahren kursierenden Vorschläge für eine Stimmrechtsreform umzusetzen – jetzt ist sie da. Einen besseren Zeitpunkt wird es in nächster Zeit nicht mehr geben.

**Zweitens gehört zu einer politischen Reform der internationalen Finanzinsti-**



Proteste: Zum G-20-Gipfels im April marschierten Demonstranten in London auf. Damals bedachten die Staatslenker den IWF mit 250 Milliarden Dollar.

tutionen die Abschaffung der „Erhöhte“ für die Führungspositionen von IWF und Weltbank. Es ist weder nachvollziehbar noch vernünftig, dass die Europäer den geschäftsführenden Direktor des IWF stellen und im Gegenzug die USA den Präsidenten der Weltbank. Hoch qualifizierte Kandidaten für beide Positionen gibt es weltweit. Beide Seiten haben zwar Absichtserklärungen abgegeben, von der alten Praxis zurückzutreten. Verbindliche Zusagen aber gibt es noch nicht.

**Drittens muss sichergestellt werden, dass die neuen Finanzquellen**, die der Fonds für sein Kreditgeschäft durch bilaterale Abkommen mit Industrie- und Schwellenländern (aber nicht wie die Weltbank durch Kreditaufnahme an privaten Kapitalmärkten) erschlossen hat, nicht seine Unabhängigkeit gefährden. Sollten IWF-Kredite notleidend werden, könnte diese Situation auftreten. Sie kann verhindert werden, indem der Fonds von den Gebern weitere Finanzierungszusagen für Notfälle erhält.

**Viertens sind Reformen bei der Finanzierung der laufenden Beratungs- und Überwachungsaufgaben** erforderlich. Damit diese Aufgaben glaubwürdig und unabhängig wahrgenommen werden können, dürfen die Kosten nicht durch Quersubventionierung aus anderen Fondstätigkeiten bestritten werden. Von den Beratungs- und Überwachungsleistungen als einem globalen öffentlichen Gut profitieren alle IWF-Mitgliedsländer. Daher sollten sie nach ihrer Leistungsfähigkeit dafür zahlen. Darüber hinaus fehlende Mittel

könnte der IWF durch Erträge aus Investitionen am Kapitalmarkt und durch Goldverkäufe abdecken. Zuerst aber stehen die Mitglieder in der Pflicht.

**Fünftens bedarf es einer neuen Kultur im Umgang mit dem Rat** und dem Urteil des IWF. In den vergangenen Jahren wurde dazu schon einiges geleistet. Aus weitgehend geheimen Verhandlungen zwischen IWF-Mitarbeitern und nationalen Regierungen wurde allmählich ein transparenter Diskussionsprozess, geschieht durch die Veröffentlichung von IWF-Länderberichten nach der Beschlussfassung durch den Exekutivausschuss. Aber diese Berichte stehen nach wie vor in einem Zwiespalt und Zielkonflikt. Sie sollen einerseits nicht die Finanzmärkte durch negative Prophezeiungen verschrecken, die sich dann selbst erfüllen könnten. Sie sollen andererseits auch nicht den Verdacht aufkommen lassen, dem Einfluss des be-

## DAS IST DER IWF

Der Internationale Währungsfonds darf sich mit Recht als Krisengewinner bezeichnen. Mächten in den vergangenen Jahren viele Länder einen Bogen um die mit harten Auflagen versehenen Kredite des IWF, so gilt der Fonds seit Ausbruch der Finanzkrise als Retter in der Not. Erst auf dem Londoner Gipfel der G 20 sicherte sich die Washingtoner Institution 250 Milliarden Dollar für neue Rettungsmaßnahmen. „Das ist der Beweis, dass der IWF wieder da ist“, sagte der französische IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn anschließend. **deg**

troffenen Landes zu unterliegen und willfährige Formulierungen zu enthalten. Schließlich sollen sie notwendige Reformen benennen und ein günstiges Klima schaffen, was einen vertrauensvollen Umgang zwischen Mitarbeitern und Regierungen voraussetzt.

Damit all dies gelingen kann, muss zum einen die Vorstellung aufgegeben werden, IWF-Berichte seien wie religiöse Dogmen anzusehen. Tatsächlich müssen sie Teil eines offenen, lernbereiten Diskurses auf allen Seiten werden. Diese Lernfähigkeit ist auch im IWF selbst erforderlich, ohne dass Lernfähigkeit allein schon den Erfolg garantieren würde. So richtete der IWF nach der Asienkrise eine neue Abteilung ein, um die Innovationen auf der Mikroebene der Finanzmärkte angemessen beurteilen zu können. Diese konnte aber knapp zehn Jahre später die aktuelle Finanzkrise nicht verhindern. Zum anderen müssen vorweg Ablauf- und Zeitpläne und inhaltliche Standards für die Veröffentlichung der Länderberichte vereinbart werden, um diese vom Stigma der politischen Beeinflussbarkeit durch einzelne Mitglieder zu befreien.

**Sechstens muss sich der IWF mit einem alten Problem beschäftigen:** der sogenannten Konditionalität bei der Kreditvergabe. Oft wird dem IWF vorgeworfen, er würde die Kreditvergabe an zu viele wirtschaftspolitische Bedingungen knüpfen und damit den Handlungsspielraum des Empfängerlandes einengen, ohne dazu demokratisch legitimiert zu sein.

Trotz fortwährender Kritik sollte der IWF auf wirtschaftspolitische Konditionalität nicht verzichten. Es würde dem Gebot des sparsamen Umgangs mit öffentlichen Mitteln zuwiderlaufen und der Reputation des IWF schaden, wenn Kredite als Zahlungsbilanzhilfen vergeben würden, ohne dass mittelfristig die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für eine Lösung der Zahlungsbilanzprobleme erfüllt sind. Nicht zuletzt können wirtschaftspolitische Konditionen der Regierung des Empfängerlandes helfen, notwendige Politikreformen gegenüber heimischen Einflussgruppen durchzusetzen, indem sie auf die Kosten einer Verletzung von Konditionen in Form von ausbleibenden Kreditauszahlungen oder Reputationsverlust verweist.

Zwei Wege bieten sich an, die Konditionalität zu formulieren: Entweder ex ante, indem zum Beispiel der IWF die makroökonomische Politik eines Landes überprüft, für situationsangemessen und nachhaltig befindet und auf dieser Basis dem Land für einen bestimmten Zeitraum eine Kreditlinie einräumt. Oder Konditionalität wird ex post definiert, indem der Fonds gemeinsam mit dem Gläubigerland quantitative und strukturelle Vorgaben für die Wirtschaftspolitik festlegt und die Auszahlung der Kredittranchen an die Erfüllung dieser Vorgaben knüpft.

Krisenzeiten sind Reformzeiten. Dies gilt auch für den IWF. Die Weltgemeinschaft kann davon profitieren, wenn ihre Mitglieder ihren Klub endgültig in die Unabhängigkeit entlassen.

**Rolf J. Langhammer** ist Vizepräsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW). **Matthias Lücke** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfW.

## WORTSCHATZ

### Finanz-Tüv

Durch schlechte Beratung verlieren deutsche Anleger jedes Jahr rund 20 Milliarden Euro, schätzt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Ein sogenannter „Finanz-Tüv“, wie ihn der Beirat des Ministeriums vorschlägt, könnte diese Summe deutlich verringern.

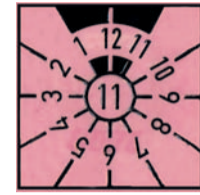
Kurz gesagt, handelt es sich beim Finanz-Tüv um ein einheitliches Zertifizierungssystem, mit dessen Hilfe Verbraucher Geldprodukte zuverlässiger einordnen können. Bei der letzten Verschärfung des Anlegerschutzes hatte sich Schwarz-Rot jedoch nicht darauf einigen können, eine solche neue Initiative zu schaffen. Doch das Thema könnte nach der Bundestagswahl erneut auf die Agenda kommen, wie ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien zeigt.

Die Sozialdemokraten etwa fordern einen Finanz-Tüv für alle Produkte von Banken und Versicherungen. An-

hand einer Ampel-Kennzeichnung, wie es sie in der Lebensmittelbranche gibt, sollen Anleger die Risiken einer Anlage auf den ersten Blick erkennen können.

In einem zweiten Schritt sollten Banken und Versicherungen auf einem gesonderten Blatt die Gefahren und Ertragsaussichten ihres Produktes genau auflisten. Dabei müssen die Anbieter auch vermerken, wie viel Provisionszahlungen fließen und ab wann eine Rendite gezahlt wird. Diese Beschreibungen sollen nach dem Willen der SPD staatlich genehmigt werden. Auch Grüne und Linke fordern einen Finanz-Tüv.

Die Union hingegen will Transparenz lediglich durch eindeutige Kennzeichnungen sowie knappe aussagekräftige Produktinformationen schaffen. Die FDP setzt auf eine freiwillige Zertifizierung von Finanzprodukten durch eine unabhängige Prüfstelle. Eingriffe, die darüber hinaus gehen, lehnen die Liberalen ab. **sl**



## BUCHFÜHRUNG

### Datenschutz praktisch

Informationen sind wertvoll. Wer über die richtigen Daten verfügt, kann Rückschlüsse ziehen auf Konsumgewohnheiten und Vermögensverhältnisse, Einstellungen und Vorlieben der Menschen. Kein Wunder, dass Behörden und Banken ebenso nach Daten gieren wie Versandhändler, Arbeitgeber und professionelle Abzocker.

Obwohl immer wieder Skandale für Schlagzeilen sorgen, wie zuletzt bei der Deutschen Bank, machen es Verbraucher den Info-Sammlern immer noch leicht. Bereitwillig geben sie Details über ihr Verhalten preis, etwa indem sie Bonuskarten nutzen. Andere präsentieren sich allzu freizügig im Internet oder fallen auf dubiose Gewinnspiele herein, deren einziger Zweck das Sammeln von Adressen ist. Im „Kursbuch Datenschutz“ erklären RM-Autor



Michael Brückner und Journalistin Andrea Przyklenk, weshalb der sorgsame Umgang mit den Informationen zur eigenen Person lohnt und wo und wie Bürger gezielt ausgespäht werden.

Außerdem geben sie praktische Tipps zum persönlichen Datenschutz, die auch Nicht-Computerexperten ohne großen Aufwand beherzigen können. Checklisten runden den Band ab. Der wichtigste Rat der Autoren ist simpel: Diskretion. Denn Menschen, die wenig über sich preisgeben, gehen den Datenfischern mit Sicherheit durchs Netz. **sl**

**Michael Brückner, Andrea Przyklenk:** *Kursbuch Datenschutz. Der Ratgeber gegen den Röntgenblick.* Mankau Verlag, Murnau am Staffelsee 2009. 285 Seiten, 15 Euro.

### Findige Unternehmer

Ohne Innovation verliert eine Volkswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit. Nur wenn findige Unternehmer immer wieder mit Althergebrachtem brechen, kann die Ökonomie wachsen. Diese „kreativen Zerstörer“, wie sie der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter nannte, machen den etablierten Marktführern ihre Positionen streitig. Mit Elan und Tatendrang krepeln sie Branchen um.

40 deutsche Vertreter dieser besonderen Art von Unternehmern hat die „Financial Times Deutschland“ unglücklich in einer Serie vorgestellt. Diese liegt nun als Buch vor. Eine kurze Abhandlung über Schumpeter sowie eine biografische Skizze des Ökonomen ergänzen den Band. Leider krankt das Buch an einer Schwäche, die fast alle



Werke über herausragende deutsche Unternehmer teilen: Es erscheinen stets dieselben Namen.

So kommt auch dieser Band nicht ohne Heinz-Horst Deichmann, Gründer der gleichnamigen Schuhhandelskette, SAP-Ikone Dietmar Hopp oder DocMorris-Erfinder Ralf Däinghaus aus. Um sich einen Überblick über die hiesige Unternehmertumlandschaft zu verschaffen, ist das Buch zweifellos geeignet. Leser, die bereits einen ähnlichen Sammelband besitzen, können auf die Lektüre verzichten. **sl**

**Nikolaus Fischer (Hrsg.): Die kreativen Zerstörer der deutschen Wirtschaft.** Wie Ideen Märkte verändern. FinanzBuch Verlag, München 2009. 296 Seiten, 34,90 Euro.

## BRÜSSELER SPITZEN

### Europa kämpft für fairen Wettbewerb

Von Sabine Seeger

**Wenn es um Kartelle geht, ist Brüssel unerbittlich.** Wer Preise abspricht, zahlt. So einfach ist das für Binnenmarktkommissarin Neelie Kroes. Erste Adressen der Dax-Liga haben das ebenso zu spüren bekommen wie europäische Stromriesen oder internationale IT-Giganten. Sie mussten bluten und zwar mit Bußen in Milliardenhöhe. Brüssel kannte kein Pardon. Auch nicht im vergangenen Jahr, als eine Strafzahlung den Bierbrauer Heineken den Gewinn kostete. Klaglos nahm der Konzern Einbußen von fast 17 Prozent hin. Die Zeiten aber haben sich gewandelt, auch „Nickel Neelie“ kriegt die Krise zu spüren. Die „Sünder“ protestieren. So will sich ein großer Chemiekonzern in der Slowakei,

mit einer Kartellstrafe von fast 20 Millionen Euro belegt, nicht von der Niederländerin schröpfen lassen. Auch bei Bußen habe man die wirtschaftliche Lage zu berücksichtigen, klingt es empört aus Bratislava. Wirkung zeigte der Protest bisher aber nicht. Angesichts von 20 Milliarden Euro Schaden, den Kartelle jährlich anrichten, wollen Kroes' Wettbewerbshüter auch weiter hart bleiben.

**Geldwäscher greifen gerne zu großen Scheinen**, am liebsten zu denen, die 500 Euro Wert sind. Mit ihnen lassen sich Häuser und Jachten, Juwelen und Luxuswagen einfacher bezahlen als mit den kleineren Noten. 550 Millionen 500-Euro-Scheine befinden sich nach Angaben der Europäischen Zentralbank derzeit im Umlauf. Um das

schmutzige Geschäft einzudämmen, forderten französische Parlamentarier jetzt, die Note mit den Architekturzitate einzustampfen.

**Edmund Stoiber macht reinen Tisch.** Seit **einhalb Jahren wirkt** Bayerns Ex-Ministerpräsident in Brüssel. Er liest sich durch Aktenberge und räumt weg, was die Wirtschaft Milliarden kostet. 42 Rechtsakte aus Gebieten wie Landwirtschaft, Steuer- und Gesellschaftsrecht hat er durchforstet, hat Drohungen ausgesprochen und Empfehlungen vorgelegt. Mit Erfolg. 260 Vorschläge werden nun umgesetzt. Dazu gehört beispielsweise die Entbindung der Handwerksbetriebe von der Lkw-Fahrtenschreiber-Pflicht. Diese ergebe zwar bei Transportunternehmen Sinn, sei aber für den Handwerker, der sei-



ne Ware ausliefere, überflüssig, meint Stoiber. Sein Bemühen um Bürokratieabbau wird sich bald in barer Münze auszahlen: Sind die Vorschläge realisiert, bleiben den Unternehmen 40 Milliarden Euro an Kosten erspart. Bei der EU-Kommission weiß man das unentgeltliche Engagement des Bayern zu schätzen und hat sein Mandat gerade bei 2012 verlängert. Und Stoiber ist bereit, weiterzumachen, auch wenn – wie er sagt – die Arbeit nicht vernünftigerweise steuerpflichtig sei. Ganz offensichtlich hat der Landespolitiker, der zu aktiven Zeiten so gerne gegen die EU schoss, europäisches Feuer gefangen. Brüssel sei heute in hohem Maße Innenpolitik, so sein neues Credo. Was früher der Bundestag gemacht habe, mache heute die EU-Kommission.

## BILANZPRÜFUNG

### Aus dem RM vom 29. 9. 1989

Unter der Überschrift „Zwölf Jahre Lernen sind genug“ widmete sich der RM schon vor zwanzig Jahren der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur. Der damalige hessische Kultusminister Christian Wagner warb in einem Gastbeitrag vehement für das neue System. „Eine Kürzung der Allgemeinbildung sieht das Konzept nicht vor“, versuchte der CDU-Politiker, der damals einen Modellversuch an zwei bis vier Schulen vorbereitete, Kritiker zu beruhigen. „Die Konzentration auf wesentliche Bildungsinhalte erfordert eine kritische Sichtung des Wissensstoffes, der nicht selten von der kurzlebigen Tagesaktualität bestimmt wird.“ Heute haben alle deutschen Bundesländer die Einführung des Abiturs nach

»Unsere Hochschulabsolventen sind im Vergleich zu ihren ausländischen Mitbewerbern zu alt, bis sie in das Berufs- und Erwerbsleben eintreten.«

zwölf Jahren beschlossen. Bei der Umsetzung gibt es jedoch noch große regionale Unterschiede. So wird etwa Hessen die Reform ebenso wie Nordrhein-Westfalen 2013 abgeschlossen haben, Rheinland-Pfalz 2016. Da schon die DDR ein G8-System hatte, sind die fünf neuen Bundesländer am weitesten. Sachsen und Thüringen hatten das Abitur nach 13 Jahren gar nicht eingeführt. Trotzdem geht die Kontroverse um die optimale Schulzeit weiter. Die Kritik entzündet sich unter anderem an der Ausdünnung der Lehrpläne sowie an der gestiegenen Arbeitsbelastung der Schüler, die nach wie vor 265 Wochenstunden absolvieren müssen, bevor sie zur Abschlussprüfung zugelassen werden. **sl**